

# Die Ostpolitik Egon Bahrs und ihre Hintergründe

Eine ausführliche Analyse der Ostpolitik Egon Bahrs veröffentlichte Walter F. Hahn in der vom Foreign Policy Research Institute in Philadelphia und Fletchers School of Law and Diplomacy herausgegebenen Vierteljahresschrift ORBIS. Hahns Untersuchung, in der folgenden Dokumentation in Kurzfassung wiedergegeben, kreist um das Problem, inwieweit die von Bahr nicht nur konzipierte, sondern auch durchgeführte Ostpolitik den Interessen des Atlantischen Bündnisses gerecht wird.

Bahrs Beiname „Architekt der Ostpolitik“ umfaßt mehr als nur seine Rolle als Verhandlungspartner und als ausführendes Organ der von Brandt verfolgten Politik. Ungeachtet seiner Ergebenheit zu Brandt, ist er eindeutig der „Mann von Ideen“, der nicht nur die auswärtige Politik der Bundesrepublik geformt, sondern sie auch ausgeführt hat. Sein Einfluß wird durch die Art seiner engen Verbundenheit mit Brandt gedeutet: „Wie kein anderer hat er mit der Präzision seines Denkens . . . einen fast intuitiven Kontakt zu Brandt gefunden.“ (Ulrich Blank, „Die graue Maus und der Dressmann“, Die Weltwoche, Zürich, November 1972) Noch deutlicher wird dies durch seine Profilierung und wachsende Macht innerhalb des politischen Gefüges der Bundesrepublik seit 1969.

## Vorgeschichte Egon Bahrs

Wer ist dieser kleingewachsene, zurückhaltende Mann, dem die stereotype Bezeichnung „graue Eminenz“, so gut zu stehen scheint? Egon Bahr wurde 1922 in Treffurt/Thüringen als Sohn eines Studienrats geboren. Heute liegt seine Heimatstadt ziemlich nahe an der DDR-Grenze. Thüringen (zufällig auch die Heimat von Michael Kohl,

Bahrs DDR-Verhandlungspartner), wird in Deutschland romantisch als das „Herzland“ des deutschen Protestantismus und Nationalismus bezeichnet. Bahr besuchte das Gymnasium in Berlin, durfte sich nach seinem Abitur 1940 jedoch nicht an der Universität immatrikulieren, da nationalsozialistische Behörden herausfanden, daß seine Großmutter mütterlicherseits Jüdin war. 1941 wurde Bahr zur Luftwaffe eingezogen. Als die massiven Luftangriffe auf Deutschland begannen, bewarb er sich für die Kampffliegerausbildung und kam zur Luftwaffenschule in Kitzingen. Noch vor Abschluß der Schule wurde erneut sein „Abstammungsfehler“ entdeckt und Bahr wurde nach Aberkennung seines Dienstgrades wegen „Einschleichens in das Offizierskorps“ unehrenhaft entlassen. Er kehrte nach Berlin zurück, dieses Mal als dienstverpflichteter Arbeiter in einer Munitionsfabrik, die Tiger-Panzer herstellte.

Nach dem Zusammenbruch 1945 sattelte Bahr auf Journalismus um. Kurze Zeit war er als Lokalreporter für die sowjetisch lizenzierte „Berliner Zeitung“ tätig, später ging er zu den von den Amerikanern herausgegebenen Blättern „Allgemeine Zeitung“ und „Tagesspiegel“. 1950 kam er als Bonner Korrespondent zum amerikanischen RIAS-Sender in Berlin. Willy Brandt lernte er in

Bonn kennen, der damals ein aufsteigender Politiker in der Berliner SPD und Berliner Abgeordneter im Bundestag war.

Anscheinend wurde Bahr 1957 SPD-Parteimitglied, im selben Jahr, als Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin wurde. 1959 verließ Bahr den RIAS-Sender, um die Stelle eines Presse-Attachés der Bundesrepublik in Ghana zu übernehmen. Seine Antrittsreise 1960 unterbrach er jedoch, als Bürgermeister Brandt ihm den Posten des Pressesprechers des Berliner Senats und den des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin anbot. In diesem Amt wuchs Bahr schnell in die Rolle des politischen Beraters hinein, besessen von der Aufgabe, Politik zu machen und nicht nur über sie zu schreiben. In dieser Rolle wurde er schnell von seinen früheren Kollegen mit dem Spitznamen „Tricky Egon“ wegen seiner angeblichen Verdunkelungs- und Verschleierungstaktik bedacht.

Im August 1961 war Bahr Zeuge des Ereignisses, das, nach seiner eigenen Aussage, mit verheerender Wirkung seine Sicht der deutschen Politik beeinflusste: des Mauerbaus in Berlin. Etwa neun Jahre danach erklärte er folgendes:

„Die Realität (August 1961) damals war die, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin verhältnismäßig lange warten mußte, bis alliierte Patrouillen kamen. Es dauerte auch lange Zeit, bis auch nur ein Protest nach Moskau geschickt wurde. Das war die Realität. In Berlin wurde auf höchst brutale Weise klar, wo die Grenze zwischen Ost und West liegt, und daß niemand über die Grenze greifen kann. Und die Frage war: wenn man diese Mauer nicht beseitigen kann . . . dann muß man eben trotz der Mauer versuchen, daß die Menschen auf der einen Seite wieder ihre Verwandten auf der anderen Seite besuchen können. Kurz, das war sozusagen der Versuch, trotz der Realitäten mit den Realitäten fertig zu werden.“

Dieser „Versuch“ wurde von Bahr in seiner umstrittenen Rede vom 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie von Tutzing/Oberbayern artikuliert. Indem er scheinbar aus Präsident Kennedys Buch „Strategie des Frieden“ zitierte, argumentierte Bahr, daß die Prinzipien dieser Strategie auf Deutschland angewendet werden könnten, und zwar durch eine Politik des „Wandels durch Annäherung“. Er forderte ein Ende der westdeutschen Politik des „Alles oder Nichts“ mit Bezug auf die deutsche Frage. Die Wiedervereinigung der Nation müsse als ein „Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen“ gesehen werden. Die alten For-

men könnten keinen Erfolg haben, weil die Sowjetunion nicht zulassen würde, daß die „Zone“ aus ihrem Machtbereich herausgerissen würde. Eine Politik, die darauf abzielte, das ostdeutsche Regime zu stürzen, sei unrealistisch. Daraus folge, daß dieser Wandel in der DDR nur über das Ostberliner Regime erreicht werden könne. Die Berliner Mauer sei nicht nur ein Zeichen der Schwäche des Ulbricht-Regimes, sondern auch ein Zeichen seiner Ängste und seines Selbsterhaltungstriebes. **„Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist für das Regime. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung.“**

### Bahrs Kontakte zum Osten

Die Tutzinger Rede war ganz eindeutig als Versuchsballon gedacht. Sie rief nicht nur kontroverse Reaktionen innerhalb Westdeutschlands hervor, sondern brachte Bahr auch eine Reihe von Kontakten zu führenden sowjetischen Persönlichkeiten ein, und, wie Bahrs Kritiker ihm später anlasteten, Gespräche mit Mitgliedern des ostdeutschen Regimes.

Die Art, Zahl und die Umstände dieser Kontakte – und auf wessen Anregung sie zustande kamen – sind bis heute unklar. Laut informierten Kreisen war der erste Kontakt die Begegnung zwischen Bahr und dem Ersten Sekretär der Sowjetischen Botschaft, Belitski; darauf folgten zwischen 1963 und 1966 eine Reihe geheimer Unterredungen zwischen Brandt und dem Sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Pyotr Abramow, bei denen Bahr anwesend war.

Auf Bahrs offenkundige Verbindungen zu Ostdeutschland in diesem Zeitraum spielte Ulbricht selbst an, als er in Warschau am 12. November 1968 die Bemerkung machte, die SED-„Führung“ habe ihm zugesagt, „auf dem Wege über die Verständigung über Teilfragen“ die Anerkennung der DDR durch Bonn herbeizuführen. Diese Anspielung wurde durch das SED-Blatt „Neues Deutschland“ verdeutlicht, das dem Bonner Dementi mit dem Rat begegnete, „die Dementierer sollten sich bei Herrn Brandt erkundigen“. Danach stellten die westdeutschen Zeitungen „Bayernkurier“ und „Welt am Sonntag“ die direkte Behauptung auf, Bahr

habe geheime Unterredungen mit DDR-Parteifunktionären, einschließlich Mitgliedern des SED-Politbüros in Ost-Berlin, geführt, und daß Tonbänder (die offensichtlich von der ostdeutschen Geheimpolizei aufgenommen wurden) mit der Aufzeichnung dieser Gespräche im Besitz eines westeuropäischen Geheimdienstes seien. Diese Belastungen enthielten auch die Vermutungen, daß Bahr seine Tutzing-Rede vorher mit führenden ostdeutschen Parteileuten besprochen habe. **Dies wurde zwar zurückgewiesen, doch niemals von Außenminister Willy Brandt kategorisch dementiert, der damals erklärte, daß er die „volle Verantwortung“ für alles, was sich abgespielt habe, übernehme.**

In dem Zeitraum, als diese Anschuldigungen in Bonn Ende 1968 debattiert wurden, hatte jedoch eine möglicherweise bedeutendere Serie von geheimen Unterredungen zwischen prominenten SPD-Mitgliedern und Führern der italienischen KP stattgefunden.

Im April 1967 trafen sich die Führer von 24 Kommunistischen Parteien in Karlsbad in der CSSR. Der Hauptgrund für diese Zusammenkunft war, eine gemeinsame Haltung zur neuen Ostpolitik der Kiesinger-Brandt-Koalition in Bonn zu finden. Die Karlsbader Erklärung gipfelte in der Aufforderung an die Europäischen Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien, an der Schaffung eines „kollektiven Sicherheitssystems“ mitzuwirken, und brachte einen Katalog von Prinzipien und Vorbedingungen für dieses Ziel. Die Forderungen zielten klar auf die Bundesrepublik ab. Sie schlossen ein: die Anerkennung der bestehenden Grenzen (also auch der Oder-Neiße-Linie als Grenze Polens), die Anerkennung der DDR auf der Basis der gegenseitigen Respektierung der staatlichen Souveränität, den Abschluß von Gewaltverichtsabkommen zwischen „allen europäischen Staaten“, die Verpflichtung zur Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, die „Verteidigung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik“, die Legalisierung der Deutschen Kommunistischen Partei und den Abschluß eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

Im Anschluß an das Karlsbader Treffen übernahm es anscheinend die KPI als ihre Aufgabe, die SPD auf ihre Anpassungswilligkeit an diese Bedingungen zu testen, und als Vermittler zwischen SPD und den Ostparteien, vor allem Ulbrichts SED, aufzutreten. Der erste Kontakt kam in Bonn im September 1967 zwischen A. J a c o b e l l i, dem außenpolitischen Redakteur des KPI-

Zentralorgans „L'Unità“, und einigen der SPD nahestehenden deutschen Journalisten zustande. Im Anschluß daran folgten eine Reihe geheimer Zusammenkünfte in Italien und in Westdeutschland mit folgenden Teilnehmern: auf SPD-Seite der inzwischen verstorbene Leo Bauer (Chefredakteur von „Die neue Gesellschaft“ und später Kanzlerberater Willy Brandts), Egon Franke (damals Mitglied des SPD-Präsidiums, heute Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen) und Fried Wesemann (damaliger Chef des SPD-Pressedienstes); auf italienischer Seite eine Reihe führender Leute der KPI-Spitze, darunter auch Enrico Berlinguer, heutiger KPI-Vorsitzender. Egon Bahr nahm am letzten dieser geheimen Treffen in München im März 1968 teil.

Es versteht sich, daß der genaue Inhalt dieser Gespräche nicht bekannt ist. Es ist jedoch klar, daß sie im Hinblick auf eine mögliche Anpassung an die Karlsbader Forderungen stattfanden, vor allem im Hinblick auf eine Annäherung der Bundesrepublik und der DDR. Zwei Tatsachen sind besonders hervorzuheben, um die Ernsthaftigkeit dieser Gespräche zu unterstreichen. Zum ersten: ein offensichtlich konkretes Ergebnis der Verhandlungen war die Sanktionierung der vormals verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands, die später „neugegründet“ und in DKP umbenannt wurde, eine Entwicklung, die durch den Umstand erleichtert wurde, daß in der Regierung Kiesinger der Sozialdemokrat Gustav Heinemann, heutiger Bundespräsident, Minister der Justiz war. Zum zweiten: Beim Münchener Treffen wurde vereinbart, die Gespräche vorläufig wegen der bevorstehenden Bundestagswahlen 1969 im Herbst zu verschieben. Warum dies geschah, ist klar: die nächste „Stufe“ mußte abgewartet werden, bis die SPD in einer besseren Lage war, westdeutsche Politik zu machen.

Alle bisher erwähnten Tatsachen waren im Januar 1969, als der Verfasser Egon Bahr in Bonn interviewte, verhältnismäßig unbekannt. Das Interview mit Egon Bahr fand im späten Nachmittag des 9. Januar 1969 in Bahrs Büro im Auswärtigen Amt statt. Mein Bericht darüber beruht auf Notizen, die während des Interviews aufgeschrieben und sofort danach in meinem Hotelzimmer auf Band gesprochen wurden. Das Band wurde neben anderen Berichten am 5. Februar 1969 nach meiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten getippt. Der folgende Bericht ist also keine wörtliche Wiedergabe von Bahrs Aussagen, sondern eher eine ausführliche, geraffte Beschreibung seiner Antworten.

## **Notizen über das Interview mit Botschafter Egon Bahr, Auswärtiges Amt, am 9. Januar 1969:**

„Bahr gab zu verstehen, daß der deutsche Zeitplan für eine erfolgreiche Politik bis ins Jahr 1973 vorgeplant sei. Er bestätigte, daß die anfänglichen Ziele der Ostpolitik – Rumänien und Jugoslawien – zwar nicht die besten gewesen seien, aber, wie er sagte, dies sei unvermeidbar gewesen. Nachdem beide Länder vorbehaltlos die deutschen Bedingungen für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen akzeptiert hatten, blieb Bonn keine andere Möglichkeit als die der völkerrechtlichen Anerkennung, auch wenn die Bundesrepublik Deutschland gewisse Zweifel hegte, ob es klug gewesen sei, die Annäherung mit diesen beiden Staaten zu beginnen, weil die Sowjetunion dieses mit größtem Mißtrauen beobachtete. Jedenfalls sind die deutschen Bemühungen erfolgreich gewesen. Nachdem Rumänien und Jugoslawien die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen hatten, erhielten, nach Aussage Bahrs, die Deutschen entsprechende Angebote auch von den Polen und Ungarn, die Bonn gegenüber erklärten, daß man nun den Beginn einer Entwicklung sähe, bei der man nicht zurückstehen möchte.

Leider hätten, so Bahrs Ansicht, die Ereignisse in der CSSR und alles Darauf folgende Ulbricht und der DDR eine machtvolle Position verschafft, innerhalb des Ostblocks gegen jede mögliche Fühlungnahme der Bundesrepublik mit Ostblockländern ihr Veto einzulegen. Man habe im Osten, auf Betreiben Ulbrichts, mehr oder minder ausdrücklich vereinbart, daß kein Land mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnehmen solle, falls nicht folgende Bedingungen erfüllt seien:

1. die Bundesrepublik verzichtet auf die Herstellung von Kernwaffen;
2. die Bundesrepublik erkennt die derzeitigen Ostgrenzen an, einschließlich der Oder-Neiße-Linie; und
3. die Bundesrepublik erkennt die Existenz der DDR an.

Solange diese drei Bedingungen als Einheit dastünden – und Ulbricht allein kann entscheiden, ob er von der Bundesrepublik „anerkannt“ wird oder nicht – könne die DDR jede weitere Initiative der Bundesrepublik in Osteuropa blockieren.

Bahr sieht keine unmittelbare Bereitschaft auf Seiten der DDR, auf die Initiativen der Bundesrepublik zu reagieren. Ulbricht ist nicht geneigt,

die Vorstöße der Bundesrepublik nach Osteuropa zu erleichtern – nicht einmal nach einer teilweisen Anerkennung der DDR seitens der Bundesrepublik –, ehe er sich nicht völlig seiner Position im eigenen Lande und im Ostblock sicher ist. Es gebe aber eine vage Hoffnung, eine Offensive gegen Ost-Berlin mit Diplomatie gegenüber Moskau zu kombinieren, nämlich die Russen davon zu überzeugen, daß sie Ulbricht unter Druck setzten, damit er seine Forderungen herunterschraube. Bahr war der Meinung, daß die Unterschrift der Bundesrepublik unter einen Sperrvertrag und den augenblicklich in Verhandlung stehenden Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion die Trumpfkarten der Bundesrepublik in dieser Richtung sein könnten, wollte jedoch darauf weiter nicht eingehen.

Nach Bahrs Ansicht müssen jetzt die Prioritäten der deutschen Taktik in Osteuropa auf jeden Fall verändert werden. In dem von Schröder verfolgten Konzept galt die Vorrangigkeit der deutschen Bemühungen in Osteuropa anderen Staaten als der DDR (und daher auch der UdSSR) mit dem Ziel, das Ulbricht-Regime zu isolieren. Unter der Regierung Kiesinger war es das Ziel, sowohl in Osteuropa voranzukommen wie auch gleichzeitig zu versuchen, die Tür nach Pankow und Moskau zu öffnen. Nach den Ereignissen in der CSSR war der Zugang offensichtlich nur nach Ost-Berlin und Moskau frei. Und in diese Richtung muß die Politik einer SPD-Regierung im Jahre 1970 verstoßen.

### **Schritt 1: Anerkennung der DDR**

Die erste Bemühung der SPD-Regierung wäre daher der Abschluß eines allgemeinen Abkommens einschließlich eines umfassenden Modus vivendi (Generalvereinbarung) mit der DDR. Bahr unterschied zwischen den juristischen Termini „staatsrechtliche“ und „völkerrechtliche“ Beziehungen zur DDR. Der Kernpunkt aller Bemühungen sei der Versuch Bonns, ein umfassendes Abkommen mit Pankow durchzusetzen, in dem der Austausch von Bevollmächtigten vorgesehen wäre, ohne daß dabei das ostdeutsche Regime de jure im Sinne des Völkerrechts anerkannt würde.

### **Schritt 2: Gewaltverzichtsabkommen und diplomatische Beziehungen mit osteuropäischen Staaten**

Sobald die Tür nach Osteuropa über Ost-Berlin offen sei, würde der nächste Schritt zwischen der Bundesrepublik und den verschiedenen osteuro-

päischen Staaten darin bestehen, ein System von Verträgen über Gewaltverzicht zu schaffen, ähnlich dem Vertrag, der augenblicklich zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ausgehandelt wird. Diese Abkommen würden für Deutschland die Anerkennung der in Osteuropa bestehenden Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, bedeuten. Diese Abkommen würden ebenfalls dazu dienen, zunächst die Furcht vor Deutschland in Osteuropa zu mindern und anschließend den Weg für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und den verbleibenden osteuropäischen Staaten zu ebnen.

### Schritt 3: Truppenabbau in Deutschland

Laut Bahr wäre der nächste Schritt nach voller Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Westdeutschland und den Warschauer-Pakt-Staaten der Beginn von Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt mit dem Ziel, zu einem Abbau der amerikanischen und sowjetischen Konventional-Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands zu gelangen. **Bahr erzürnte sich über die bereits begonnenen einseitigen US-Truppenabzüge, die auf sowjetischer Seite keine angemessenen Reduzierungen auf ostdeutschem Gebiet zur Folge hatten.** Er glaubt, daß die augenblickliche Truppenstärke in Westdeutschland unnötig hoch sei, und daß sie um 50 % verringert werden könne, ohne dabei ihre Abschreckungsfähigkeit einzubüßen, solange sie weiterhin durch eine glaubwürdige Nuklearwaffen-Garantie gestützt würde. Gleichzeitig sei es jedoch, vom Standpunkt der deutschen und wahrscheinlich auch der westlichen Interessen her gesehen, wünschenswert, auf eine Lockerung der sowjetischen Militärpräsenz in Ostdeutschland zu dringen. Solange sich der Westen nur mit einseitigen Truppenreduzierungen befaßte, könnten die Sowjets nur in abwartender Stellung verharren.

Eine Serie von echten Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt sollte ein vernünftiges und glaubwürdiges Gleichgewicht der konventionellen Truppenstärke in beiden Teilen Deutschlands zur Folge haben. Er rechnet damit, daß man 30–50 % der derzeitigen Truppenstärke abziehen könne. Er glaubt, daß in diesem Zusammenhang keinerlei physische Mittel oder Kontrolleinrichtungen vonnöten seien, da die Nachrichtendienste in beiden Teilen Deutschlands mehr als ausreichend in der Lage wären, die Einhaltung der Abkommen zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit Bahrs Vorschlägen zur Truppenreduzierung sprachen wir über die Sicherheit Westdeutschlands und das Konzept des politischen Warnsystems. Bahr erklärte rundheraus, daß er keine Befürchtungen hege, falls die Sowjets die Hälfte ihrer in Ostdeutschland stationierten 19 Divisionen in die Sowjetunion und die USA ihre konventionellen Truppen aus Deutschland nach Hause holen würden. Er erklärte, daß die Rückkehr der amerikanischen Streitkräfte nach Westdeutschland in einem Notfall (den er aber für wenig wahrscheinlich hielt) von dem Mut des amerikanischen Präsidenten, hier eine Entscheidung zu fällen, abhänge, daß er jedoch glaube, dieser Mut zur Entscheidung werde bleiben. Er argumentierte, daß es mehr als ausreichende politische Warnsysteme gäbe, um eine Truppenrückkehr zu ermöglichen.

### Schritt 4: Die Schaffung eines Europäischen Sicherheitssystems

Als letzten Schritt in diesen möglichen Verhandlungen sah Bahr die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Mitteleuropa. Die Mitglieder dieses Systems sollen nach seiner Auffassung auf östlicher Seite die DDR, Polen, die CSSR und Ungarn sein, auf westlicher Seite die Bundesrepublik, Dänemark und die Benelux-Länder. Sollten Rumänien, Bulgarien und möglicherweise Jugoslawien die Absicht hegen, sich diesem System anzuschließen, könnte es im Westen um Italien und vielleicht Norwegen und Schweden erweitert werden.

Frankreich und Großbritannien könnten in dieses System nicht mit einbezogen werden, da Grundzüge und Zielsetzung des Systems auf eine Gemeinschaft von Nicht-Atommächten abgestimmt wären, deren territoriale Integrität von den Atommächten garantiert würde, mit Bestimmtheit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, vermutlich auch Frankreich und Großbritannien. Es gäbe ein „ausgewogenes konventionelles Stärkeverhältnis“ der Staaten des Systems untereinander, wenn er auch nicht näher ausführte, wie diese Ausgewogenheit beschaffen sein sollte. Die Mitglieder dieses Systems wie auch die außenstehenden Garantiemächte würden eine Art „Locarno-Pakt“ unterzeichnen, der die bestehenden internationalen Grenzen innerhalb des Systems garantieren würde; auch würden sie ein kollektives Sicherheitsabkommen abschließen, wobei alle Beteiligten erklären

müßten, jedem Staat im System, der von einem anderen Staat außerhalb oder innerhalb des Systems angegriffen würde, zu Hilfe zu kommen. Daher würden die osteuropäischen Staaten keine Aggression von deutscher Seite zu befürchten brauchen und die westlichen Mitglieder des Systems wären gegen einen sowjetischen Angriff abgesichert.

Alle amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte würden vom Gebiet der Mitgliedstaaten des Systems abgezogen. Ich stellte ihm die Frage, ob seiner Auffassung nach die NATO und die Warschauer-Pakt-Staaten weiterhin als Verteidigungsbündnisse außerhalb des Systems weiterbestehen oder das System überlappen würden. Er antwortete, daß zweifelsohne beide Allianzen aufgelöst und möglicherweise durch neue bilaterale Beziehungen zwischen den Supermächten und den verbleibenden europäischen Staaten, die nicht Mitglieder des kollektiven Sicherheitssystems sind, ersetzt würden.“

Hier endete das Interview.

Ich erinnere mich, daß ich am Abend des 9. Januar 1969 das Bahr-Interview mit einem Gefühl des Zweifels verließ. Schließlich war hier eine führende offizielle Persönlichkeit einer mit den USA verbündeten Regierung, die eben eine radikale Abkehr von der auswärtigen Politik ihres Landes dargelegt hatte – eine Abkehr, die in der Auflösung der Allianz gipfelte.

### Inwieweit war diese Ostpolitik vorgeplant?

Hat Bahr vor oder im Laufe seiner Verhandlungen jemals seine Strategie auch der „anderen Seite“ mitgeteilt? Inwieweit ist diese Strategie schon vor dem Oktober 1969 vorbereitet worden? Ist deshalb die Bonner Ostpolitik nach Brandts Regierungsübernahme 1969 so bald in Gang gekommen? Ist deshalb die Regierung Brandt fähig gewesen, in weniger als drei Jahren der westdeutschen Politik eine so scharfe, von einer so vielschichtigen Reihe von Verträgen geprägte Wendung zu geben?

Diese Fragen können nur Bahr oder seine Verhandlungspartner beantworten. Die erstaunliche Übereinstimmung der erreichten Ziele mit dem

ursprünglichen „Schlachtplan“ läßt jedoch mehrere Vermutungen zu:

① es gab zumindest ein globales vorher abgestimmtes Einvernehmen zwischen Bonn und einigen oder allen Verhandlungspartnern im Osten über den allgemeinen Trend der gemeinsamen Verhandlungsziele, wenn nicht sogar über die auszuarbeitenden Einzelpunkte der Verträge;

② Bahr erwies sich als zielbewußter Verhandlungspartner, der es geschafft hat, eine Reihe von schwierigen diplomatischen Anweisungen entsprechend dem vorbesprochenen Plan durchzuführen;

③ oder, wie es ihm seine politischen Gegner in der Bundesrepublik anlasten, Bahrs angebliche Ergebnisse stellen wenig mehr als nur westdeutsche Konzessionen gegenüber den Ostblockforderungen dar – zum Beispiel, wie sie in Karlsbad aufgestellt worden waren. Vermutlich liegt die Wahrheit in einer Kombination aller drei Möglichkeiten.

Bahr wird zugeben müssen, daß Bonn Moskau klargemacht hat, daß die Bonner Ostpolitik mehr als nur die Annahme des Status quo in Europa ist, sondern darauf abzielt, den Status quo zu ändern, um das oberste Ziel der deutschen Politik zu erreichen: die Wiedervereinigung Deutschlands. Der folgende Meinungsaustausch in einem Fernsehinterview, das im Juni 1972 zwischen Bahr und Günter Gaus, einem bekannten deutschen Fernsehjournalisten, geführt wurde, erhellte nicht nur diese Frage, sondern auch Bahrs strategisches Gesamtkonzept:

**Gaus:** Setzen Sie voraus, daß auch unseren Vertragspartnern, also beispielsweise der Sowjetunion, diese Auffassung von einer Anerkennung des Status quo, um den Status quo zu verändern, geläufig . . . ist?

**Bahr:** Aber selbstverständlich ist das nicht unbekannt geblieben. Wir haben darüber ja nichts verschwiegen. Ich möchte nur, um jeder Mißdeutung vorzubeugen, folgendes hinzufügen. Wenn man sagt Status quo, wird das meist verstanden als territorialer Status quo, ich meine es über den territorialen Status quo hinausgehend. Der politische Status quo der Vereisung, der Nichtbeziehungen, ich brauche das ja nicht alles aufzuzählen, wird eben tatsächlich nur verändert mit dem Willen aller Beteiligten, wenn man vom territorialen Status quo ausgeht.

**Gaus:** Und wie soll am Ende der veränderte Status quo in Europa aussehen? Er soll auch Deutschlands Wiedervereinigung möglich machen.

**Bahr:** Wir haben sehr allgemein gesagt, daß es über viel Stationen — es gibt eine europäische Konferenz, es gibt Truppenverringerungen, vielleicht, hoffentlich — eine Situation geschaffen werden soll, in der dann auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes seinen Platz finden kann.

**Gaus:** Das wäre dann auch eine territoriale Veränderung.

**Bahr:** Territoriale Veränderungen, die mit der Zustimmung der Beteiligten getroffen werden, sind immer möglich. Das ist die souveräne Entscheidung der Beteiligten. Die ist auch durch Gewaltverzicht nicht ausgeschlossen.

## Ostpolitik als nationale Politik

Willy Brandt hat die Ostpolitik als „Friedens-“ und „Versöhnungspolitik“ proklamiert. „Versöhnung“ mit den osteuropäischen Staaten ist ganz einfach Vorbedingung und Ausgangspunkt für eine aktive westdeutsche Strategie, die zunächst einen komplexen und weitreichenden Veränderungsprozeß in Europa in Gang setzen und ihn dann formen soll, einen Prozeß, der letztlich an einem noch in der Zukunft liegenden Termin zur Wiederherstellung der deutschen Nation führen wird.

Das Konzept des Begriffes „Nation“ scheint Bahrs Auffassung gänzlich zu durchdringen. Als man ihn fragte, ob er sich selbst für einen Nationalisten halte, erwiderte Bahr: „Um Gottes willen, ein nationalbewußter Mensch muß nicht ein Nationalist sein.“ Für Bahr ist die Nation unverhohlen ein „Gefühlswert“ — ein Wert der „auf lange Sicht auch stärker sein wird als die Ideologie“, weil „die Nation für den einzelnen die Möglichkeit ist, sich selbst zu identifizieren“.

## Bahrs Europäisches Sicherheitssystem

In seinem mit dem Verfasser 1969 geführten Interview hob Bahr die Meilensteine der tiefgreifenden Veränderung in Europa nochmals hervor: Truppenverringerungen der USA und der UdSSR in beiden Teilen Deutschlands, Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems mit verschiedenen

Mitgliedstaaten aus Ost- und Westeuropa, völliger Abzug der amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte aus den Mitgliedstaaten dieses Systems im Zuge der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Ersatz dieser Allianzen durch bilaterale Bündnisse.

Im Januar 1969 war der Gedanke an beiderseitige Truppenverringerungen in Europa keinesfalls neu: formell hat dies schon die NATO im Juni 1968 in Reykjavik vorgeschlagen. Hervorzuheben ist Bahrs damalige offenkundige Überzeugung, daß die in Deutschland stationierten US-Streikräfte um 50% verringert werden könnten, ohne dabei die Wirksamkeit der Abschreckungsstrategie der Vereinigten Staaten und der militärischen Abwehr in Europa ernstlich zu gefährden. Der Entwurf eines „kollektiven Sicherheitssystems“ war lange Zeit Kernpunkt sowjetischer Propaganda und wurde lediglich als „alleuropäische“ Alternative zur derzeitigen Konfrontation der Systeme in Europa definiert. Das Karlsbader Treffen kommunistischer Parteien im April 1967 forderte ebenfalls die „Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit“ und erläuterte dies in Grundzügen eines Allgemeinen Vertrags zwischen allen europäischen Staaten auf der Basis des Gewaltverzichts, der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, der „Normalisierung“ der Beziehungen aller Staaten untereinander, der bereits früher erwähnten Sonderbedingungen für die Bundesrepublik, dem „Abbau der künstlich errichteten Hindernisse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten“ und der Schaffung eines „Europa ohne militärische Blöcke“. Ganz offenkundig müssen diese Themenkreise im Zusammenhang mit den Geheimgesprächen zwischen SPD und KPD diskutiert worden sein.

## Westpolitik

In Übereinstimmung mit der Position der Regierung Brandt im allgemeinen hat Bahr die Vereinbarkeit der Ostpolitik mit einer Bündnisstrategie betont. Bonns Ostverträge hat er als „Folge der Verträge mit dem Westen“ bezeichnet. Er erklärte, „ohne eine Allianz im Hintergrund wäre ich nie in Moskau gewesen“. Im Zusammenhang mit der Grundrichtung der von Bahr projektierten Politik und den damit verbundenen Zielen können interessante Bedeutungsnuancen in seine Erklä-

rungen hineininterpretiert werden. Könnte es beispielsweise heißen, daß es ohne den aus den Bündnisbeziehungen der Bundesrepublik herrührenden Schutz und ohne das daraus resultierende Verhandlungsgewicht keine wirksame Ostpolitik gäbe?

Auf jeden Fall enthüllte Bahr das Schwergewicht seiner gesteckten Prioritäten exakt und mit verblüffender Offenheit im bereits zitierten Gaus-Interview. Es ist sicherlich nützlich, noch einmal einen Ausschnitt dieses Gesprächs wiederzugeben:

**Gaus:** Warum ist am Ende dieses langwierigen, stufenförmigen Prozesses die nationalstaatliche Wiedervereinigung für Bahr so wichtig?

**Bahr:** Ich sehe nicht, daß es bis dahin einen europäischen Bundesstaat geben wird, in dem sich die Identität der Nationen auflöst.

**Gaus:** Und Sie würden es auch in Wahrheit nicht wollen? Sie haben de Gaulle immer im stillen für ein Glück gehalten?

**Bahr:** Ich habe ihn für einen Realisten gehalten in dieser Frage.

**Gaus:** Nehmen wir mal an, Sie hätten die Wahl zwischen dem Europa der nationalstaatlichen Vaterländer und dem Europa, das die nationalen Einheiten hinter sich gelassen hat, nehmen wir es mal an, von dem Gefühlswert her, von dem Sie gesagt haben, der vollwertige politische Mensch braucht ihn, ... entscheiden Sie sich für die nationalstaatliche Lösung?

**Bahr:** Ja, selbstverständlich, denn sie schließt den ungeheuren Fortschritt nach Osteuropa und zu den osteuropäischen Völkern mit ein, während umgekehrt ich fürchte, das muß nicht richtig sein, aber ich fürchte, daß das andere nur um den Preis der Abkehr zu haben ist.

**Gaus:** Sie meinen, Osteuropa würde auf dem anderen Weg nicht mitgehen können?

**Bahr:** Ja.

**Gaus:** Heißt dies auch Verlangsamung in der Realisierung der westeuropäischen Ideen, wie sie in den 50er Jahren entwickelt worden sind?

**Bahr:** Die Ideen der 50er Jahre gibt es in dieser Form ja nicht mehr in der praktischen Politik. Denn **das, was wir jetzt machen, ist eine besonders qualifizierte Form der Zusammenarbeit mit**

**dem Ziel der politischen Union, aber nicht mehr der Supranationalität.**

Die Tragweite dieser Aussage ist zu offenkundig, um darauf zu verweilen. Jede bedeutungsvolle politische Integration Westeuropas ist mit einer erfolgreichen Fortsetzung der Ostpolitik nicht zu vereinbaren. Und diese hat Vorrang. Unter Berücksichtigung von Bahrs Gesamtstrategie und seiner oben erwähnten Erwartungen sind seine Schlußfolgerungen hierzu ebenso logisch wie klar.

In seinen Aussagen taucht noch eine weitere interessante Nuance auf: Bahrs Definition der europäischen „politischen Union“ als Ziel „einer besonders qualifizierten Form der Zusammenarbeit“. Die „politische Union“ in Westeuropa als politisches Ziel wurde von der Regierung Brandt allgemein in der Schwebe gehalten. Der Begriff „politische Union“ kann vielfach so interpretiert werden, daß der Beiklang einer politischen Vereinigung oder sogar politischen Integration entsteht. In Bahrs Definition bedeutet er wesentlich weniger.

### Erneutes Auftauchen eines alten Übels

Durch seine gesamte, relativ kurze, moderne Geschichte hat diese Region in Mitteleuropa, die Deutschland heißt, sich mit Problemen ihrer Identität und Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten geplagt. Im Laufe des Jahrhunderts ihrer formalen Eigenschaft als Nation drückte sich diese Suche nach einer bestimmten Rolle im Kampf zwischen den Grundsätzen Bismarcks, die Deutschland im wesentlichen als mitteleuropäische Nation definieren, die ihren Weg zwischen feindlichen Machtblöcken nach Osten und Westen ausbalancieren muß, und dem späteren Konzept Stresemanns, aus, wonach Deutschland sein Schicksal mit der Gemeinschaft der demokratischen Nationen des Westens verbinden sollte.

Bahrs Vorstellungen lassen sowohl die Bismarcksche Formel wie auch den romantischen Nationalismus erkennen, der Deutschland schon einige Male auf verhängnisvolle politische Irrwege getrieben hat. Sie erinnern auch an ein ständig wiederkehrendes Übel, dessen sich die deutschen Kenner ihrer eigenen Geschichte durchaus bewußt sind (ein Übel übrigens, dem Bismarck nicht anheimfiel): die Neigung der Deutschen zur Überschätzung ihrer eigenen Fähigkeit nämlich, die politische Umgebung auf dem Kontinent zu formen, zu verwalten und auszunutzen.